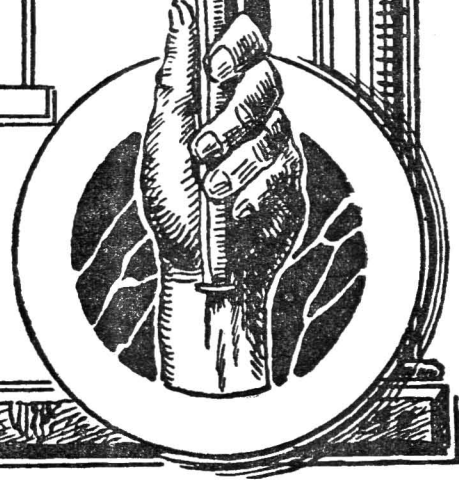
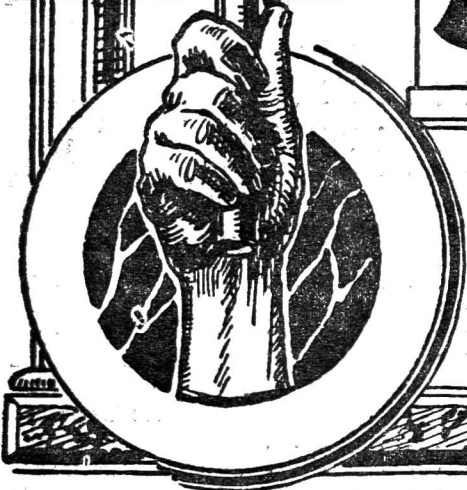


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Verleger:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

N. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld viertel-

jährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten

20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 39.

Sonnabend, den 26. September 1903.

7. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter!

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Strasbourg i. Elsaß. Ueber den Platz Bürlmann ist die Sperre verhängt.

Magen i. Westfalen. Bei der Firma Dassel stehen die Granitschleifer in einer Lohnbewegung.

Mehle-Osterwald. Die Lohnbewegung dauert fort.

München. Der Streit ist zu Gunsten der Kollegen erledigt.

Nadolfzell. Hier bestehen Lohn Differenzen.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Die Bedeutung des diesjährigen Parteitags liegt darin, daß er sich vorwiegend damit beschäftigt, die Richtlinie der Arbeiterbewegung wieder einmal streng vorzuzeichnen. Dazu bot allerdings die Frage der Beanspruchung der Vizepräsidentenstelle im Reichstage eine nur mehr äußerliche Veranlassung. Als Bernstein, Vollmar u. a. diesen Anspruch mit der Konzession befürworteten, daß der eventuelle sozialdemokratische Vizepräsident der gebrauchlichen Audienz des Präsidiums beim Kaiser beizubehalten, da wendete sich die weit überwiegende Mehrheit der Partei deshalb mit großer Schärfe gegen dieses Ansuchen, weil sie dieser immer wieder hervortretenden Drängerei nach rechts überdrüssig ist.

Wer die Dinge näher kennt, dem wird es nicht verwunderlich erscheinen, daß gerade sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete heftig gegen ihre, die Hofgänger befürwortenden Kollegen auftraten; sind doch die letzteren diejenigen, die in der Fraktion immer und immer wieder die Taktik der Fraktion resp. der Partei in ihrem Sinne umzuändern trachteten und dadurch unliebsame Differenzen hervorriefen. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn die Richtung, die den Klassenkampfcharakter der Partei nicht aufgeben oder verwischen lassen will, die Frage stellt, ob die beiden Richtungen noch ferner zusammenwirken können. Daher die scharfe gegenseitige Befehdung auf dem Parteitag, daher die Forderung, daß der Parteitag in dieser Frage entschieden Stellung nehmen solle, wie es nun geschehen ist.

Was nützt es, wenn die Partei bei Wahlen zc. geschlossen auftritt, während in ihrem Schoße stets Veränderungen drohen, die das Wesen der Partei völlig umgestalten müßten. Man sage nicht, daß solche Kleinigkeiten, wie die Hofgänger, den Charakter der Partei nicht ändern. Erstens messen wir der Hofgänger keine so geringe Bedeutung bei und dann gedenken wir des Wortes: „Mit Kleinem fängt man an.“ Man kennt die Gesinnung des Volkes nicht, wenn man meint, es würde seine Ansicht über die sozialdemokratische Partei um keines Haars Breite ändern, wenn ein sozialdemokratischer Vizepräsident, mit der Autorisation seiner Fraktion ausgestattet, die übliche Audienz beim Kaiser mit seinen Präsidentenkollegen nachsuchte. Der Republikanismus der Partei fände sicherlich die ärgste Verspottung und ernste Anzweiflung im Volke, wenn unser Vizepräsident ungerufen zu Hofe ging. Die Annäherung an den Hof müßte natürlich die Bestrebungen derer unterstützen, die eine Annäherung unserer Partei an bürgerlichen Parteien wünschen. Schon, um solchen Anfängen vorzubeugen, muß der Parteitag resp. die Partei entschiedene Stellung dagegen nehmen. Und das hat erfreulicherweise der Parteitag getan. Er hat nicht nur die Vizepräsidentenfrage abgetan, vielmehr jedem Drängen nach rechts eine scharfe Zurückweisung erteilt.

Obwohl die, denen die bezügliche Resolution des Parteitags galt, selbst dafür gestimmt haben und ihr vielleicht irgendwelche Auslegung zu geben suchen — so läßt sie doch keinen Zweifel darüber, daß sie opportunistische Neigungen oder revisionistische Bestrebungen entschieden zurückweist. Diese Tatsache klärt und festigt die Stellung der Partei; außerdem erleichtert sie — auch das ist nicht zu unterschätzen — unserer Reichstagsfraktion die Arbeit. Mit Zug und Recht kann innerhalb der Fraktion der revisionistischen Drängerei dieser Beschluß entgegengehalten werden. Worunter wir durchaus nicht verstanden wissen wollen, daß abweichende Meinungen nicht diskutiert werden sollen. Auch die Mitarbeit sozialdemokratischer Schriftsteller an

bürgerlichen Zeitungen oder Zeitschriften betrachtete der Parteitag unter dem Gesichtspunkt, wie weit dadurch eine Annäherung an bürgerliche Parteien sich vollzieht. Und auch in der Beurteilung dieser Frage kam er zu einer klaren Entscheidung. Ob dabei persönliche Differenzen zwischen einer Anzahl Genossen eine nicht angenehme Rolle spielte, kam bezüglich der Kernfrage nicht in Betracht. Es darf über die persönlichen Differenzen der Unmut nicht so aburteilen, daß die mißliebigen Streitereien als die Hauptsache angesehen werden. Die sozialdemokratische Partei ist überhaupt nicht unter dem Gesichtswinkel bürgerlicher Anschauungen, die noch vielen ihrer neu erworbenen Anhänger im Blute stecken, zu beurteilen. Ihr schnelles Wachstum stellt dem einmütigen Zusammenwirken ihrer Anhänger viele Schwierigkeiten in den Weg; darunter sind nicht die geringsten die, daß eben viele der Neugewonnenen glauben, die größte und stärkste Partei könne im bürgerlichen Staat an regierender Stelle mitstehen und mitarbeiten. Nur durch tiefere Eindringen in das Wesen der Partei läutern sich diese Anschauungen. So lange sie sich aber geltend zu machen suchen, kann nur eiserne Disziplin der proletarisch empfindenden Massen ihre der Partei schädliche Propagierung hindern. Einen Durchbruch dieser Anschauungen in der Masse der Arbeiter befürchten wir nicht. Das verhindert schon die brutale Unterdrückung der Arbeiter durch das Unternehmertum und die reaktionären Parteien, die dem Klassenkampf immer größere Schärfe verleihen, statt ihn zu mildern.

Vor allem verspüren das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die in den täglichen Kämpfen mit dem Unternehmertum die Klassenvorurteile und diktatorischen Gelüste immer drückender empfinden. Von einer Annäherung an die diktatorische Kapitalmacht kann keine Rede sein. Die besitzenden Klassen repräsentieren aber diese Macht und nützen sie zum Schaden der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete aus.

Für die Gewerkschaften ist es also von hohem Wert, wenn die sozialdemokratische Partei in richtiger Erkenntnis der Politik der herrschenden Klassen der Arbeiterbewegung die Richtlinie vorzeichnet, auf der sich der Vormarsch und Kampf gegen die feindliche Macht unserer Gegner zu vollziehen hat. Es müßte zu einem Konflikt in den Gewerkschaften führen, wenn die sozialdemokratische Partei ihre Taktik im Sinne der Revisionisten änderte und eine Annäherung an die bürgerlichen Klassen vollzöge. Selbstverständlich würde das Unternehmertum die Konsequenzen daraus ziehen und die Kämpfe der Arbeiter gegen das ausbeuterische Kapital mit dem Hinweis auf die veränderte Stellung der Sozialdemokratie als unberechtigt erklären und lahm zu legen suchen. Wer die Interessen der Arbeiter vertritt, kann mit deren Gegnern keinen Pakt schließen, der die strikte Wahrnehmung der Arbeiterinteressen erschwert. In diesem inneren Widerspruch müßte die Arbeiterbewegung scheitern.

Ohne weiteres erklären wir es also für eine Entscheidung von höchster Wichtigkeit, daß der Parteitag beschlossen hat, die altbewährte Taktik des Klassenkampfes beizubehalten. Ob nun die Verhandlungen des Parteitags über diesen Beratungsgegenstand zu breitspurig waren oder ob dabei mancher persönliche Angriff unterlaufen ist, der die Verhandlungen zuweilen unerquicklich machte, fällt dabei nicht schwer ins Gewicht. Die Entscheidung selbst ist wichtig und richtig und gibt dem Dresdner Parteitag einen hohen Wert, der in der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung, nicht nur der sozialdemokratischen Partei, immer hervorleuchten wird.

Innerhalb der Sozialdemokratie sind eben andere Differenzen auszugleichen, als in bürgerlichen Parteien, ihre Parteitage sind darum anders zu beurteilen, als die derjenigen Parteien, die samt und sonders der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehen. Das Urteil der bürgerlichen Klassen über unsere Parteitage ist nicht höher anzuschlagen, als ihr Urteil über die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung überhaupt. Die Hauptsache ist, daß wir wissen, was wir wollen. Und das hat der Parteitag gezeigt und bekräftigt.

Göttin Justitia.

Ueber den Augen die Binde, in der linken Hand die Waage, in der Rechten das Schwert, so präsentiert sich nach römischer Vorbild die Göttin der Gerechtigkeit auf ihrem Throne, um wägend und fühlend die irrenden Menschen auf den rechten Weg zu bringen und um die Guten vor den Bösen zu schützen.

Der Mensch soll mit Ehrfurcht zu diesem Bilde aufblicken; denn die Gerechtigkeit, die im gewöhnlichen Leben, im Strudel der widerstreitenden Interessen, leicht abhandelt kommt, — hier soll er sie in voller Glorie finden, hierher kann er sich zu jeder Zeit vertrauensvoll vor der Macht des Unrechts flüchten.

Die Binde, die unsre Göttin vor den Augen trägt, deutet an, daß ohne Ansehen der Person geurteilt, daß nur das Vergleichen, nicht aber die Person getroffen werden soll, das heißt: gleichgültig für die urteilende Göttin muß es sein, ob ein Bankier etwa oder ein Tagelöhner eine Straftat begangen hat, denn nur auf die Tat kommt es an. Die Persönlichkeit mit ihren außerhalb der Tatgrenze liegenden Eigenschaften, Anschauungen und Gesinnungen verschwindet vor dem prüfenden Blick der Gerechtigkeit, wesenlos wird Alles, was nicht im Zusammenhange steht mit dem Verbrechen — und es hat gar nichts zu sagen, ob der Angeklagte ein Christ, Heide oder Jude, ein Konservativer, Freisinnsmann oder Sozialdemokrat ist. Denn die Jungfrau Justitia ist rein; sie hat weder Religion noch ist sie anti-religiös, und politische oder wirtschaftliche Parteimahne ist ihr fremd, weil das Recht über den Parteien steht. Ihr ganzes Wesen ist durchdrungen von dem heiligen Eifer die strauchelnden und fallenden Menschen auf den Pfad der Gerechtigkeit und nur die Gerechtigkeit ist ihr Ziel und Zweck, und wenn sie das strafende Schwert sinken läßt auf ein schuldiges Haupt, dann tut sie es wohl mit heimlichem Seufzen und deshalb, um den Verbrecher mittels der Strafe zu bessern.

So ungefähr stellt sich das Ideal der Gerechtigkeit dar. Aber wir leben in einer Zeit, da die Göttinnen zu Stein erstarrt sind und allenfalls auf marmornen Postamenten oder an der Fassade eines Gerichtsgebäudes ein stilles, viel be-regnetes Leben führen. Als Symbole also sind sie uns geblieben.

Diejenigen aber, die im Namen der reinen Jungfrau Justitia die Taten wägen und richten, sind Menschen. Und Menschen sind nicht rein im erhabenen Sinne unseres Ideals. Sie können es nicht sein, weil sie mit dem großen, vielgestaltigen und bunten Leben in Berührung kommen, das auf jeden abfärbt und ihn beeinflusst in der einen oder anderen Weise. Und sie sind geboren worden! Das heißt: sie haben von vornherein etwas mit auf dem Weg bekommen, das ihr Urteilsvermögen in späterer Zeit mit bestimmt: die allgemeine Naturanlage, körperliche und geistige Dispositionen, gewisse eigentümliche Charaktereigenschaften u. s. w. Davon macht sich niemand los. Und schwer oder gar nicht befreit sich der Mensch von den vielfachen Einflüssen, die die Erziehung auf ihn ausgeübt, — die Verhältnisse, in denen er seine Jugend verbracht und in denen er meistens auch sein ferneres Leben verbringt. Die Jünger der Justitia haben ihren Ursprung durchweg in den besitzenden Klassen. Mit der Muttermilch schon — sofern sie nicht an der Brust einer Amme liegen — faugen sie sozusagen die Anschauungen und Vorurteile ihrer bevorzugten Klasse ein. Und die Interessen der letzteren, die doch auch, im wirtschaftlichen und politischen Leben ihren Ausdruck finden und nicht minder ihre Kämpfe, werden auch die ihrigen. So stehen die Richtenden in den allermeisten Fällen weit entfernt von dem intensiven Ringen ums Dasein, das die übergroße Mehrheit des Volkes fortgesetzt führen muß. So ist es kein Wunder, daß sie in den Dienst der Gerechtigkeitgöttin oft mit Anschauungen treten, die eine zutreffende Würdigung der Dinge zur Unmöglichkeit machen. Die Quelle, aus der der Strom des Verbrechens fließt, bleibt ihnen verdeckt; sie dringen nicht ein in die sozialen Ursachen — und die Folge ist ein Anklamern an den starren Paragraphen, an das Wort, an den Buchstaben. —

Urteile, mannigfacher Art — wir erinnern an gewisse politische Meinungs- und an solche Prozesse, die wirtschaftlichen Arbeiterkämpfen entsprangen — zeigen greifbar deutlich, daß der große Riß, der unsre Welt, unsre Kultur in allen Erscheinungen durchzieht, das Gebiet der Justitia gleichfalls ergriffen hat und daß ein Hüben und Drüben auch hier in die Erscheinung tritt. Urteile sind ergangen, die vom Volke mit einem Schrei des Entsetzens und der Empörung aufgenommen worden sind, und die erklärlich sind nur dadurch, daß Diener der Justitia sich nicht befreien konnten von den Vorurteilen ihrer Klasse. Und wenn sie zehnmal des festen Glaubens sind, Recht gesprochen zu haben, — das Volk ist anderer Meinung und bezeichnet es als Ungerechtigkeitsurteil, weil mehr bestraft ist als nur die Tat; weil hier, wenn auch vielleicht absichtslos, der entgegenstehende Klasseninstinkt miturteilte und den politischen und wirtschaftlichen Gegner traf.

Man wird sich der Entrüstung erinnern, die sich bemerkbar machte, als seinerzeit ein Justizminister den Ausspruch tat: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ War ein solcher Ausspruch von solcher Stelle nicht sehr bedenklich gegenüber der Möglichkeit, daß sich strebende Juristen darauf einen eigenen Vers machten?

Zweifellos lassen sich Fälle denken, in denen der angeführte Satz zur Wahrheit werden kann. Wenn der Bankier, um sein Luxusbedürfnis zu befriedigen oder aus Verschwendungssucht und Bereicherungssucht die Ersparrnisse anderer Leute stiehlt, so ist das sicher etwas ganz anderes, als wenn der Tagelöhner, der arbeitslos ist, einen Griff in den Bäckerladen tut, um von dem Labentische ein Brot für seine hungernden Kinder zu nehmen. Das Volk würde eine mildere Beurteilung des letzteren Falles natürlich mit Freuden begrüßen, ja, diese Milde fordern, weil die Schuld nicht in der Person, sondern in den Umständen liegt. Hier müssen die sozialen Verhältnisse, hier muß die Notlage des Mannes in Berücksichtigung gezogen werden, weil ohnedem eine gerechte Würdigung der Tat einfach nicht möglich ist.

Was aber hat beispielsweise mit der gerechten Wertung einer Tat zu tun, daß derjenige, der irgend eine Gewalttat begeht, ein „Streiker“ ist? Und doch ist nicht zu leugnen, daß dieser Umstand und weil der Angegriffene ein „Arbeitswilliger“ war, strafverschärfend ins Gewicht fallen kann — heutzutage. Viel eher könnte man sagen: weil der Streikbrecher gegen seine und seiner Arbeitsgenossen Interessen handelte, ist die Gewalttat begreiflich und kann milder beurteilt werden.

Aber — wir verwerfen selber alle physische Beeinflussung in unsern Kämpfen. Wir begreifen es, wenn allzu heißblütige Verächter der Arbeiterschaft zur Verantwortung und Sühne gezogen werden. Nur etwas verstehen wir nicht: daß nämlich solche Verurteilungen sich durch eine ganz besondere Härte auszeichnen. Daß die hier verhängten Strafen, wenn man sie denen für Tuelle und andre Brügelien gegenüberstellt, sich in einer oft geradezu erschreckenden Höhe präsentieren!

Man wird zurück an das Zuchthausgesetz erinnert — jenen Angedenken! —, wenn man gewisse Urteile liest. Gewiß, das Gesetz ist nicht in Kraft, aber seine schwarzen Schatten wirft es doch mitunter in die heiligen Tempel der Justitia. Und dafür gibt es nur eine Erklärung: in der Seele des Urteilenden waren Elemente unbewußt in Wirklichkeit, die sich auf der Rednertribüne, in der politischen Presse zu äußern Berechtigung haben, die aber nicht in den Gerichtssaal gehören! Tat und Strafe werden durch derartige Einflüsse, die eine schlecht ausgebildete Selbstbeherrschung nicht zurückhalten versteht, in ein oft schreiendes Mißverhältnis gebracht.

Die Folge davon ist, daß im Volke bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein das Wort von der Massenjustiz erwacht ist, womit das Vertrauen in die Göttin der Gerechtigkeit teilweise zum Teufel ging.

Ein solcher Zustand ist natürlich unhaltbar. Die organisierte Arbeiterschaft, die in ernster Arbeit an dem Kulturfortschritt der Menschheit schafft, hat ein Recht, hat die Pflicht, gegen eine Ausnahmehandlung Front zu machen. Zunächst muß gefordert werden, daß die Strafgesetze alle erdenklichen Garantien gegen die Mitwirkung ungeschützter Elemente in der Rechtsprechung, als da sind Massenurteile u. s. w., in sich aufnehmen.

Weiterhin ist unsre Hauptforderung die Teilnahme des Volkes an der Rechtsprechung, wie sie sich bei den Gewerbegerichten z. B. aufs beste bewährt hat.

Und drittens ist von den gelehrten Richtern ein eingehendes soziales Studium zu fordern, um ihnen die Geheißnisse auf den betreffenden Gebieten verständlicher zu machen. Das wird auch bereits von anderer Seite gefordert. Dr. Muer, ein junger Jurist, hat eine Broschüre herausgegeben, die in dem Sage gipfelt:

„Das kommende Strafrecht wird volkstümlich sein, wenn es dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Rechnung trägt, wenn es sich sowohl der heutigen Kultur anpaßt, wie auch andeutend, vorkauend die Grundlinien zieht zum Strafrecht der künftigen höheren Kulturform, kurz, wenn es im besten Sinne des Wortes ein soziales Strafrecht ist.“

Wir geben uns freilich nicht der Hoffnung hin, daß die Göttin Justitia in der heutigen Gesellschaft jemals wird in unantastbarem Glanze erstrahlen können. Die Kämpfe um die Macht, die hier draußen geführt werden, drängen ihre Wellen schließlich auch in die heiligen Tempel der Gerechtigkeit. Denn niemand kann leicht aus seiner Massenhaut heraus. Die Begriffe von Recht und Unrecht sind allzu verschieden hüben und drüben. Am letzten Ende ist es auch hier eine Macht, die nach unsrer Auffassung der Dinge zuweilen vor Recht geht. Und das geschieht so lange — jagt Lassalle — „bis das Recht nun auch seinerseits eine hinreichende Macht hinter sich hat, um die Macht des Unrechts zu zerhimmeln“, d. h. um neue Institutionen zu schaffen. Mit den Massen werden die Massenurteile verschwinden.

Die Streiks im Jahre 1902.

Die gewerkschaftliche Streikstatistik weist für das Jahr 1902 insgesamt 861 Streiks und Aussperrungen mit 55 713 Beteiligten aus. Nach der amtlichen Statistik wurden in dem Jahre 1084 Streiks begonnen, von denen 1060 beendet sind. Nur über die letzteren werden in der amtlichen Statistik nähere Angaben gemacht und waren nach diesen an den Streiks 53 912 Personen unmittelbar beteiligt. Ferner wird in der amtlichen Statistik über 51 Aussperrungen mit 10 305 Beteiligten und 29 Mai-

aussperrungen berichtet, von denen 4873 Personen betroffen wurden. Insgesamt berichtet die amtliche Statistik über 1140 wirtschaftliche Kämpfe mit 69 090 Beteiligten, also über 279 Kämpfe und 13 377 Beteiligte mehr, als die gewerkschaftliche Statistik.

Daß amtlicherseits eine größere Zahl Streiks festgestellt werden muß, als dies durch die Statistik der Generalkommission geschehen kann, ist stets von uns betont worden, weil sich die letztere nur auf die Streiks erstreckt, die von den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen geführt werden. Die Streiks unorganisierter Arbeiter sowie die von lokalen Vereinen oder sonstigen Organisationen geführten Streiks können in der gewerkschaftlichen Statistik nicht enthalten sein. Der Verband der christlichen Gewerkschaften nimmt seinerseits eine Streikstatistik auf und berichtet, daß 1902 von den angeschlossenen Organisationen 37 Streiks geführt wurden, an denen 2151 Personen beteiligt waren. Es bleiben trotzdem noch 242 Streiks und 11 226 Streikende resp. Aussperrte, die nach der amtlichen, nicht aber nach der gewerkschaftlichen Statistik ausgewiesen werden.

Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die amtliche Statistik nunmehr vollkommen sei. Auch für das Jahr 1901 wies die amtliche Statistik 364 wirtschaftliche Kämpfe mit 14 720 Beteiligten mehr aus, als die gewerkschaftliche Statistik. Bei dem Vergleich der einzelnen Streiks, wie sie die amtliche und gewerkschaftliche Statistik verzeichnete, ergab sich, daß wohl in der letzteren 559 Streiks mit 20 012 Beteiligten nicht enthalten waren, welche die amtliche Statistik auswies, daß aber andererseits 316 Streiks mit 6243 Beteiligten stattgefunden hatten, über die die amtliche Statistik nicht berichtete. Ob die amtliche Statistik für 1902 nach dieser Richtung besser geworden ist, wird der ebenso wie im Vorjahre zu machende Vergleich ergeben, über den wir so bald als möglich berichten werden.

Zu den in den Tabellen verzeichneten Streiks ist noch ein solcher der Handelsangestellten hinzuzurechnen, der in Berlin stattfand mit viertägiger Dauer und 13 Beteiligten, der mit vollem Erfolge endete. Es wurde von dem Vorstand des Verbandes der Handelsangestellten wohl an die Generalkommission über den Streik berichtet, doch wurden nicht so eingehende Angaben gemacht, um diesen Streik in den Tabellen führen zu können.

Daß keine von der Organisation geführte Streiks im Gewerbe stattgefunden haben, berichten die Bergarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Gemeindebetriebsarbeiter.

Die Streiks und Aussperrungen allein geben aber noch kein richtiges Bild von dem Wirken der Gewerkschaften in Bezug auf Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Es müßte, um dieses Bild zu vervollständigen, auch nachgewiesen werden, inwieweit durch Eintreten der Organisation eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht oder eine Verschlechterung verhindert worden ist, ohne daß es zu einer Arbeitseinstellung kam. Hierüber berichten wohl einzelne Organisationen für die Statistik, doch fehlen von der Mehrzahl diesbezügliche Angaben, so daß auch für 1902 nur für wenige Organisationen summarisch mitgeteilt werden kann, was nach dieser Richtung hin erreicht worden ist. Es hatten die Bildhauer Lohnbewegungen in 12 Werkstätten mit 77 Beteiligten und wurde voller Erfolg erzielt. Die Böttcher hatten 2, die Brauer 24 Lohnbewegungen, welche letztere fast ausnahmslos erfolgreich waren. Die Lederarbeiter berichten, daß die Konjunktur in der Weißgerberei gut, in der Rohgerberei aber sehr gedrückt war. Es wurden 11 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Löhne mit vollem Erfolg geführt, während 4 Bewegungen inszeniert wurden, um eine Verschlechterung zu verhindern, die teilweise Erfolg hatten. Die Schuhmacher hatten 19 Lohnbewegungen mit 1203 Beteiligten, und waren davon 11 völlig und 8 teilweise erfolgreich, während bei den Stukkateuren von 4 Lohnbewegungen 3 mit vollem Erfolge endeten. Diese Angaben sind überaus dürftig, doch läßt sich vielleicht später die Statistik auch nach dieser Richtung hin ausgestalten, weil erst mit dem Ausweis über diese ohne Streiks herbeigeführten Verbesserungen das Wirken der Gewerkschaften auf diesem Gebiete vollständig dargestellt werden würde.

Die von den Zentralvorständen eingelieferten Materialien sind in 11 Tabellen zusammengestellt. Es wird zunächst eine Uebersicht über die gesamten Streiks nach Berufen geordnet gegeben und folgt sodann in der gleichen Weise eine Zusammenstellung der Angriffs- und der Abwehrstreiks. Es haben 861 Streiks mit 55 713 Beteiligten, 3224 Wochen Gesamtdauer und einer Ausgabe von 2 237 504 Mark stattgefunden. Gegenüber dem Jahre 1901 vermehrten sich die Streiks um 66, die Zahl der Beteiligten um 6747, während die Ausgabe um 278 384 Mk. geringer war als im Jahre 1901. (Für das Jahr 1901 sind für diesen Vergleich auch die 68 Streiks mit 444 Beteiligten, die nicht in den Tabellen ausgewiesen wurden, weil nähere Angaben fehlten, hinzugerechnet worden.) Von den Streikenden waren 3428 Frauen. Genaue Angaben über den Ausgang sind für 802 Streiks gemacht, und zwar waren davon 350 oder 43,6 Proz. erfolgreich, 156 oder 19,5 Proz. teilweise erfolgreich und 296 oder 36,9 Proz. erfolglos. Für 15 Streiks war der Ausgang unbekannt, während 2 Streiks endeten, weil der Unternehmer den Betrieb aufgab, und 12 Aussperrungen auf Zeit erfolgten, ein Erfolg oder Mißerfolg hierbei also nicht zu verzeichnen ist.

Auf die einzelnen Industriegruppen und Gewerbe entfielen von den Streiks und der Zahl der Beteiligten:

Baugewerbe:		
	Streiks:	Beteiligte:
Bauarbeiter	25 (1)	6 305
Dachbeder	9	516
Glas	6	215
Maler	13 (2)	579
Maurer	176 (3)	15 882
Steinarbeiter	23	827
Steinseher	14	301
Stukkateure	4	386
Töpfer	16	444
Zimmerer	61 (4)	4 237
	347	29 692

Metallindustrie und Schiffsbau:		
Graveure	2	15
Kupfer Schmiede	1 (5)	48
Maschinen	— (6)	6
Metallarbeiter	122	8 326
Schiffszimmerer	5	56
Schmiede	3	72
Werkstarbeiter	4	1 000
	137	10 028

Graphische Gewerbe- und Papierindustrie:		
Buchbinder	4	37
Buchdrucker	14	345
Buchdruckhilfsarbeiter	1	10
Lithographen	4	30
	23	422

Holzindustrie:		
Bildhauer	20 (7)	254
Böttcher	4	44
Holzarbeiter	124	8 129
Lapezierer	18 (8)	170
Bergolde	7	115
	173	8 712

Bekleidungsindustrie:		
Handschuhmacher	2	102
Hutmacher	4	57
Kürschner	3	107
Schneider	18	1 091
Schuhmacher	31	1 042
	58	2 399

Nahrungs- und Genussmittelindustrie:		
Bäcker	2	53
Brauer	19	379
Fleischer	2	30
Tabakarbeiter	19	252
Zigarrensortierer	1	19
	43	733

Die weiteren Streiks entfallen auf folgende Gewerbe:

Barbiere	4	29
Fabrikarbeiter	16 (9)	886
Gärtner	1	33
Glasarbeiter	3	68
Hafenarbeiter	4	209
Handels-Transport-Arbeiter	14	757
Lederarbeiter	4	237
Sattler	4	40
Porzellanarbeiter	5	144
Textilarbeiter	30	2 956
	85	5 304

Anmerkung: Es ist, wenn an einem Streik mehrere Organisationen beteiligt waren, der Streik nur einmal gezählt. Die betreffenden Organisationen hatten:

1. außerdem 11 Streiks, welche bei Maurer gezählt sind.
2. 1 Streik, welcher bei Metallarbeiter gezählt ist.
3. 1 Streik, welcher bei Zimmerer gezählt ist.
4. 8 Streiks, welche bei Maurer gezählt sind.
5. 3 Streiks, welche bei Metallarbeiter gezählt sind.
6. 1 Streik, welcher bei Holzarbeiter gezählt ist.
7. 2 Streiks, welche bei Metall- und Porzellanarbeiter gezählt sind.
8. 1 Streik, welcher bei Porzellanarbeiter gezählt ist.
9. 5 Streiks, welche bei Maurer gezählt sind.
10. 5 Streiks, welche bei Bauarbeiter gezählt sind.
11. 2 Streiks, welche bei Metallarbeiter gezählt sind.
12. 2 Streiks, welche bei Steinarbeiter gezählt sind.
13. 1 Streik, welcher bei Zimmerer gezählt ist.

Die Zahl der Angriffstreiks war 1902 geringer als 1901, die Zahl der Abwehrstreiks aber ganz bedeutend höher.

Angriffstreiks sind 289 oder 33,6 Proz. aller Streiks (1901: 291 oder 40 Proz.) geführt und waren daran 32 659 Personen, darunter 2468 Frauen beteiligt. Diese Streiks dauerten zusammen 1212 Wochen und erforderten eine Ausgabe von 1 136 343 Mk. Erfolgreich waren 117 oder 42,4 Proz., teilweise erfolgreich 71 oder 25,7 Proz. und erfolglos 88 oder 31,9 Proz. Abwehrstreiks waren zu verzeichnen 572 oder 66,4 Proz. aller Streiks (1901: 436 oder 60 Proz.) mit 23 054 Beteiligten, darunter 960 Frauen, 2012 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1 084 661 Mk. Von diesen Streiks waren 233 oder 44,3 Proz. erfolgreich, 85 oder 16,2 Proz. teilweise erfolgreich und 208 oder 39,5 Proz. erfolglos. In zwei Fällen endete der Streik mit Betriebsaufgabe, 12 Aussperrungen erfolgten auf Zeit und 16 Streiks waren am 1. Januar 1903 noch nicht beendet.

In den Jahren, für die seitens der Generalkommission die Statistik über die Streiks geführt ist, von 1890 bis 1902, sind insgesamt 6212 Streiks mit 645 088 Beteiligten und einer Ausgabe von 18 892 180 Mk. geführt worden. Von diesen Streiks waren 2699 oder 47,2 Proz. erfolgreich, 1376 oder 24 Proz. teilweise erfolgreich und 1644 oder 28,8 Proz. erfolglos. Für den Rest der Streiks ist der Ausgang unbekannt geblieben.

Eine genaue Trennung der Streiks in Angriffs- und Abwehrstreiks ist besonders in den ersten Jahren, für welche die Statistik geführt wurde, nicht immer erfolgt, wie auch in den ersten Jahren mangels genügender Aufzeichnungen in den Organisationen die Statistik nicht über alle Streiks berichtet, die von den Organisationen geführt werden. Dies muß bei Beurteilung der Ergebnisse der Statistik im allgemeinen, besonders aber bei den Angaben bezüglich der Angriffs- und Abwehrstreiks berücksichtigt werden. In dem dreizehnjährigen Zeitraum, auf den sich die Statistik erstreckt, waren von den Streiks 3117 Angriffsstreiks oder 49,6 Proz. aller Streiks. In denselben waren 454 084 Personen beteiligt und war eine Ausgabe von 12 000 002 Mk. erforderlich. 49,9 Proz. dieser Streiks war erfolgreich, 30,3 Proz. teilweise erfolgreich und 19,8 Proz. erfolglos. Abwehrstreiks waren 3076 mit 170 895 Beteiligten und einer Ausgabe von 5 419 237 Mk. Es waren 44,4 Proz. dieser Streiks erfolgreich, 17,5 Proz. teilweise erfolgreich und 38,1 Proz. erfolglos.

Wenn auch die Aufwendungen, die von der Arbeiterschaft für die wirtschaftlichen Kämpfe gemacht worden sind, sich genauer nachweisen lassen, so doch nicht der Verlust, den die Arbeiter an Ausfall von Arbeitsverdienst hatten. Vom Jahre 1900 ab ist die Streikstatistik zwar auch auf diese Fragen ausgedehnt worden, doch sind die Angaben hierüber nicht vollständig. Es waren zu verzeichnen:

1900:	852 Streiks mit 115 711 Beteiligten.
1901:	727 " " 48 522 "
1902:	861 " " 55 713 "

2 440 Streiks mit 219 946 Beteiligten.

Davon ist der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt.

	für	Arbeitsz.:	Arbeitsverb.:
1900:	608 Streiks mit 62 273 Beteil.	1 223 702 Tag.	4 872 850 Mk.
1901:	604 " " 38 913 "	1 194 553 "	3 997 082 "
1902:	749 " " 48 153 "	964 817 "	3 759 350 "

1961 Streiks mit 149 339 Beteil. 3 382 572 Tag. 12 129 282 Mk.

So unvollkommen diese Zahlen auch sind, so zeigen sie doch, welche Opfer die Arbeiterschaft bringen muß, um von den Unternehmern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, die sehr wohl zugebilligt werden konnte, ohne daß es dieser gewaltigen Opfer bedurfte. Es

sicht außer allem Zweifel, wenigstens für denjenigen, der ein offenes Auge für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat und die Vorgänge bei dem Ringen der Arbeiter um eine bessere Lebenshaltung beobachtet, daß es nicht die Unerschlichkeit der Forderungen der Arbeiter ist, was die Unternehmer veranlaßt, die geforderten Arbeitsbedingungen nicht anzuerkennen, sondern der Umstand, daß sie es als einen Eingriff in ihre „Herrenrechte“ betrachten, wenn die Arbeiter überhaupt Forderungen stellen.
(Schluß folgt.)

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir weisen hiermit darauf hin, daß im Laufe dieser Woche die Abrechnungsformulare für das III. Quartal versandt wurden. Die Zahlstellenverwaltungen, welche dieselben nicht erhalten haben, mögen sie umgehend bei uns einfordern. Die näheren Erläuterungen hierzu halten wir für überflüssig, da dies bei den früheren Quartalen in genügender Weise geschehen ist. Auch erjuchen wir nun dringend, die noch ausstehenden Abrechnungen vom II. Quartal einzusenden.

Wir ersuchen dringend, die statistischen Fragebogen unverzüglich einzusenden. Von einer nochmaligen Veröffentlichung derjenigen Zahlstellen, von welchen die Fragebogen noch ausstehen, sehen wir ab, hoffen aber, daß man unserem Ersuchen im Interesse einer einwandfreien Jahresstatistik endlich nachkommt.

Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannter Klavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Amorbach. Am Sonntag, den 13. September, fand in Amorbach eine Versammlung der dort beschäftigten Steinarbeiter statt. Der Referent Kollege Herrmann-Frankfurt a. M. legte in seinem Vortrage den Kollegen den Wert einer guten gewerkschaftlichen Organisation klar. Eingehend besprach er die Verhältnisse in Amorbach und zeigte den Kollegen durch Beispiele, wie sie ihre Lage verbessern können. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Die Kollegen Fahrentopf und Zoll-Miltenberg ergänzten noch die Ausführungen des Referenten. Nach kurzer Diskussion wurde die Gründung der Zahlstelle beschlossen. Von 25 am Orte beschäftigten Kollegen traten 21 sofort der Organisation bei, und wurde als 1. Vorsitzender Kollege Heinrich Klingensmeyer, als Kassierer Otto Walter, als Schriftführer Josef Emig und als Revisor Wilhelm Barth und Eugen Klingensmeyer gewählt. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Steinarbeiterorganisation wurde die Versammlung geschlossen. Auch die Kollegen von Walldurn waren eingeladen worden, jedoch nicht erschienen, weil ihnen mit Entlassung gedroht wurde, wenn sie die Versammlung besuchen würden. In Walldurn arbeiten 100 Kollegen. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, wo auch diese Kollegen einsehen, daß sie sich organisieren müssen, um auch dort bessere Zustände herbeizuführen.

Bunzlau. Am 17. d. M. fand die monatliche Mitglieder-versammlung statt, in der als erster Punkt die Abrechnung von dem vor kurzem stattgefundenen Sommervergügen bekannt gegeben wurde. Für die Vertretung unseres Wahlkreises auf dem Parteitage wurden 15 Mk. bewilligt. Beschlossen wurde ferner, für die Kranken Kollegen Leonhardt und Falke eine Liste auszulegen. Sodann wurde eine Kommission gewählt, die die Festsetzung eines örtlichen Zuschusses zur Reiseunterstützung für das Winterhalbjahr in die Hand nimmt, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel. Die Versammlung war wieder einmal genötigt sich mit der Person des Werkführers Schwabe-Zeibler-Wimmel zu beschäftigen. Erst vor kurzem hat er sich durch die Maßregelung des Kollegen Zimmermann als edler Menschenfreund gezeigt. Die Entlassung wurde durch einseitige Arbeitsüberlegung rückgängig gemacht. Bei vielen Stücken fehlt am Akkordpreis; es muß jedesmal erst reklamiert und bis zur obersten Instanz gegangen werden. Es sind in den Blättern die ganze Zeit über Steinmehnen nach hier gesucht worden und auch gekommen; aber zum Teil schon den ersten Tag wieder fortgelaufen. Die Arbeit bestand aus Quadrern von 1.50 Mk. und höher; hatte jemand ein Stück fertig, so konnte er bis zwei Stunden warten auf ein anderes. Selbstverständlich konnten dabei die Leute nicht existieren, dazu kommen die ewigen Zänkereien wegen dem Preise, denn in der sophistischen Auslegung des Tarifs ist Schwabe bekanntlich eine Kapazität. So sind innerhalb einiger Wochen 23 Mann wieder abgereist. Wochenlöhne von 14—15 Mk. sind keine Seltenheit. Schwabe weiß vielleicht gar nicht, daß er durch sein „schneidiges“ Auftreten die Firma schädigt, indem er dadurch alle Leute fortreibt. Anscheinend findet die Firma aber doch sein Vorgehen für richtig, denn bei jedem, nach unserm Begriffe wenigstens, offensiblen Unrecht wird er von dem Direktor in Schutz genommen, getreu dessen Ausspruch: „Die Autorität meiner Beamten muß unter allen Umständen gewahrt bleiben.“ Aber durch das Auftreten des Werkführers gegen die Leute wird wohl das Gegenteil erreicht und die Autorität gänzlich vernichtet. Kollege Jahrmarkt referierte über die Bundesratsverordnung und konstatierte, daß die Fuben auf den hiesigen Plätzen nicht ausreichen. Das Resultat der diesjährigen Statistik ergibt in Kürze folgendes: Beteiligte 62 Mann. Durchschnittsverdienst 1058.94 Mk. Durchschnittsalter 31 Jahr 1 Monat 1 Tage. Arbeitslos jeder, verteilt sich von 1 Woche bis über 12 Wochen. Krank 29 Mann, davon 22 an Hals- und Lungenleiden.

Berlin II (Marmorsteinmehnen). Nachdem die Schleifer den Tarif angenommen und die Marmorsteinmehnen in der Versammlung vom 4. September, um allem Kampf ein Ende zu machen, ihre Forderung auf 65 Pfg. auf dem Platz und 70 Pfg. auf den Bauten erniedrigt hatten, wollten die Herren Meister persönlich mit den Steinmehnen verhandeln. Es fand dann am 7. September im Englischen Garten eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher auch 8 bis 10 Meister bzw. Direktoren der Aktiengesellschaften erschienen waren. Nach einem kleinen Intermezzo betreffs Eröffnung der Versammlung und Wahl des Bureau ergreift Herr Hergenbahn, Direktor der Deutschen Steinindustrie (vormals Schleifer) das Wort, um die Gründe anzugeben, warum die Herren die gestellten Forderungen nicht bewilligen können. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die 65 Pfg. bzw. 70 Pfg. Stundenlohn akzeptiert werden könnten, jedoch müßten die Jungesellen die ersten zwei Jahre ihrer Gesellenzeit, sowie auch die älteren Steinmehnen von dem Minimallohn ausgeschlossen sein. Auf Verkürzung der Arbeitszeit kann er unmöglich eingehen. Es entspann sich eine sehr starke Debatte in heftiger Hin- und Herbewegung. Eine Resolution folgenden Inhalts fand einstimmige Annahme: „Die am 7. September im Englischen Garten zahlreich versammelten Steinmehnen halten an ihren gerechten Forderungen fest, da sie in der Freitagversammlung (4. September), um allem Kampf ein Ende zu machen, ihre Forderungen schon erniedrigten. Auch die 25 neu eingetrossenen italienischen Kollegen aus Carrara stimmten, nachdem ihnen ein Italiener die Resolution erklärt, einstimmig mit dafür. Es trat jetzt 10 Minuten Pause ein, um den Herren Zeit zur Beratung zu geben. Nach Wiedereröffnung erklärten einige, speziell Herr Casse, daß sie wohl die 65 resp. 70 Pfg. bewilligen wollen, jedoch lassen sie sich auf einen Mindestlohn nicht ein; sie wollen nach Leistung bezahlen!!! Herr Direktor Hergenbahn erklärte nach einiger Zeit, die Forderungen zu bewilligen, da er auch nur drei Steinmehnen beschäftigt, welche nach keine 65 Pfg. bekommen. Mit den anderen Herren war jedoch keine Einigung zu erzielen und fand folgende Resolution einstimmig

Annahme: „Da die Herren Meister unsere Forderungen nicht anerkennen, erklären die versammelten Steinmehnen, daß sie noch 24 Stunden Bedenkzeit gewähren. Im ablehnenden Falle sollen dann sofort Schritte getan werden, um die gerechten Forderungen durchzuführen.“ Die nächste Versammlung soll am Mittwoch, den 9. September, stattfinden.

Dresden. Am Donnerstag, den 17. September 1903, fand im Reichiger Hof, Reichiger Str. 70, eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, zu welcher Kollege Staudinger, Leipzig, als Referent erschienen war. Derselbe hatte die Aufgabe, über die Situation der Steinarbeiter Deutschlands im allgemeinen, für Dresden im besonderen, zu sprechen. Aus seiner Rede seien folgende Stellen, die den Hauptwert derselben bildeten, wiedergegeben: Er begreife wohl die Unzufriedenheit und den Mißmut der Mitglieder der Organisation, führt auch die Gründe an, woran das liegt und betont, daß es wohl in der Hauptsache daran liegt, weil wir in den letzten Jahren keine Fortschritte zu verzeichnen haben, sondern fast allgemein retour gegangen sind, in Bezug auf Vermehrung der Mitglieder. Dies sei aber nicht auf die einzelnen Personen zurückzuführen, sondern auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Jeder einsichtige Mensch muß zugeben, daß, solange wir eine gute Konjunktur haben, wir auch gute Verhältnisse innerhalb unserer Organisation aufweisen. Die große Arbeitslosigkeit, die unsere Mitglieder besonders in Dresden in einem fort durchzuführen haben, ist es, was die Unzufriedenheit in unsere Reihen trägt. Die nicht immer gut gefüllte Zentralkasse führt Staudinger auf die Art und Weise der Handhabung der Streiks, die man bisher gepflogen hat, zurück. Die Menge Streiks, die in den letzten Jahren geführt worden sind, haben zu wenig erfreulichen Resultaten geführt. In den seltensten Fällen ist der Zentralvorstand über die Entstehung vorher informiert gewesen, hat aber wohl oder übel dieselben akzeptieren und die Kosten bewilligen müssen. Seit dem Inkrafttreten des Verbandes sei es allerdings etwas besser geworden. Redner erklärt, daß die Umänderung der losen Organisationsform unbedingt notwendig war. Der Redner skizziert die Entwicklung der Maschinentechnik in unserm Berufe, man hält es für unglücklich, wie dieselbe sich in der Steinindustrie Eingang verschafft, und Hunderte von Steinarbeitern brotlos werden. In Dresden ersehen wir, daß die Herren Arbeitgeber auch den Tarif noch anderweitig auszunutzen verstehen, indem die Architekturteile dem Tarif so angepaßt werden, daß von Ueberzentimetern u. s. w. beinahe keine Rede mehr sein kann. Wir verstehen sehr wohl, warum die Unternehmer keinen Normaltarif für Deutschland in Bezug der Gliederzählung einführen wollen. Ueberall machen wir die Wahrnehmung, daß die Arbeiten in den Brücken hergestellt werden, und die niedrigsten Löhne gezahlt werden. In der Granitindustrie sind dieselben Zustände vorhanden und in der Marmorindustrie ist die stärkste Lohnbrückerie bekanntlich an der Tagesordnung. In Bezug auf Agitation mußte er leider konstatieren, daß wir seit einigen Jahren nicht die nötigen Fortschritte machten, daß es nicht einmal gelungen ist, die zunächst in Frage kommenden Bruchgebiete zu organisieren, die, welche bei Lohnbewegungen und Streiks in erster Linie in Frage kommen. Der Redner ging auf das Sinken der Löhne ein, beinahe überall sei eine Schlechterstellung der Steinarbeiter in den letzten drei Jahren eingetreten, denn in Sachsen gibt selbst der Gewerbeinspektionsbericht zu, daß die Löhne um ca. 5 Proz. erniedrigt wurden. Die Bundesratsverordnung kam auch mit zur Sprache und es wurde konstatiert, daß dieselbe fast gar nicht durchgeführt wird. Hier hob Redner ganz besonders Dresden hervor, insofern die Ortsverwaltung gemüht war, die zuständigen Behörden möglichst zu informieren. Es sei vom Vertrauensmann der Dresdner Steinarbeiter (vormals Robert Fetlich) nicht ansehbare Material gesammelt worden, welches der Gewerbeinspektion vorgelegt wurde. Der Gewerbeinspektor mußte all diese Beschwerden in vollem Umfange anerkennen, wie er sich in Berichten ausdrückte. Er betonte ausdrücklich, daß auch hier wieder die Steinarbeiter es sind, welche dem Gesetze die nötige Klärung verschaffen müssen. Wie verlassen man wäre, wenn man sich überall auf die maßgebende Aufsichtsbehörde stützen wollte, zeigt der Artikel in Nr. 34 des Steinarbeiters unter der Spitzmarke: Die unbekannte Bundesratsverordnung. Als der Referent zu dieser unglücklichen Sache in Bezug auf das dortige Landratsamt etwas scharf sich ausdrückte, mußte er auf Veranlassung des überwachenden Beamten diesen Gegenstand verlassen. Hierauf konstatierte der Referent, daß bei Zusammentritt des deutschen Reichstags die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese Angelegenheit in die Hand nehmen und gebührend geißeln müsse. Wir müßten uns die Steinmehnenmeister zum Muster nehmen, die ihren Verband in den letzten Jahren sehr gut ausgestaltet. In Dresden können ja die Steinmehnen von der Aera Hübnert u. Comp. ein dementsprechendes Lied singen, in letzter Zeit habe sich insbesondere Herr Schulze als tüchtiges Mitglied dieses Verbandes erwiesen. Nachdem Redner noch auf die absolute Notwendigkeit der Einheit verweist, auch der Einheit im Handeln, und jeden einzelnen auffordert zur praktischen Mitarbeit für unsere Sache, denn nur dann erst könnten wir Fortschritte machen, kommt er zum Schluß seiner Ausführungen, indem er sagt, der Worte sind genug gedreht, nun laßt uns die Taten sehen. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Hierauf folgte die Debatte. Kollege Zahn nahm die Gelegenheit wahr, dem Referenten, welcher dem Zentralvorstand angehört, etwas mit auf den Weg zu geben. Die Ausführungen des Kollegen Zahn gipfelten darin, daß der Zentralvorstand für die nächste Zeit besonders Dresden im Auge behalten, und zusehen müsse, daß dort die miserablen Verhältnisse in aller erster Linie wieder besser gestaltet werden. Dresden habe durchaus keine Lust, lange unter diesem Joch zu arbeiten. In Bezug auf Agitation kam der Kollege mit der richtigen Anschauung etwas in Differenzen, weshalb auch der Referent auf eine Nichtigstellung der Dinge sich bemüht fühlte. Hierbei wurde eine den Referenten nicht gerade angenehm berührende Aeußerung gemacht, wonach derselbe glaubte annehmen zu müssen, daß unter den Dresdner Kollegen eine Antipathie gegen ihn vorhanden sei. Als er sich auch dahingehend äußerte, befandete ihm aber die Versammlung das Gegenteil. Kollege Sühmlich unterzog die Reiseunterstützung der Kritik und betonte, es müsse eine Abänderung geschaffen werden. Er stellt fest, daß reisende Kollegen in Dresden gewesen sind, deren erste Reisekarte voll ist und eine zweite nicht mehr ausgestellt wird, bevor nicht die statutengemäßen Bestimmungen erreicht sind. Was soll nun der Reisende tun, jetzt, wo der Winter droht hereinzubrechen und insoweit die Arbeitslosigkeit doch keine bessere wird? Der Referent geht auf die gemachten Ausführungen ein und betont, daß es Sache der Generalversammlung sei, dazu Stellung zu nehmen. Sodann fanden noch einige unerfreuliche Auseinandersetzungen zwischen einigen Kollegen statt, welche die Versammlung etwas in Erregung versetzte. Darauf gibt der Vertrauensmann die nächste Rechenstunde bekannt und schließt die Versammlung.

Greiswald. Am 12. September hielt die hiesige Zahlstelle ihre regelmäßige, auf den zweiten Sonnabend im Monat stattfindende Versammlung ab. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Gewährung einer Beisteuer zur Deckung der Unkosten des Gewerkschaftsvertrauensmanns, wozu Kollege Panthen das Wort nahm. Derselbe führte aus, daß hier früher ein Gewerkschaftskartell bestanden habe, das selbe habe sich aber, gewisser Umstände halber, aufgelöst. Die Geschäfte wurden solange von einem Vertrauensmann geführt, da derselbe aber größere Unkosten dadurch hat, sollen die Mitglieder der Gewerkschaften jährlich 20 Pfg. zur Deckung derselben beitragen. Der Antrag wird angenommen. Als Punkt 2 folgt Abrechnung vom Stützungsfest. Am 1. September war ein Jahr verlossen, daß wir unsere hiesige Zahlstelle gründeten. Obzwar dieselbe gleich zu Anfang stark erschüttert wurde, hat sie doch ein Jahr lang alle Schikanen getrotzt. Der Stützungsstag ist nun in würdiger Weise gefeiert worden und hat einen ansehnlichen Ueberfluß gebracht. Ferner teilt unser Kassierer mit, daß er die Wolgaster Kollegen erucht habe, sich untrer Zahlstelle anzuschließen. Es ist nun von dort ein Schreiben eingegangen, in dem die Kollegen bitten, jemand von uns hinzuschicken. Es werden der Vorsitzende Panthen und Kassierer Bradroz gewählt, um am nächsten Sonntag dort zu agieren und werden ihnen angemessene Diäten bewilligt. Schließlich wird noch der Antrag zur Gründung einer

Bibliothek gestellt. Derselbe wird angenommen und werden die Kollegen gebeten, passende Bücher beizusteuern. Nachdem noch ein Kollege den Wunsch geäußert hat, mal wieder einen Bericht im Steinarbeiter zu sehen, wird die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Klein-Seubach. Am Sonnabend, den 12. September, fand in Klein-Seubach eine Versammlung statt zwecks Gründung einer Organisation. Als Referent war Kollege Herrmann-Frankfurt erschienen, der es berstand, den Kollegen die Aufgaben und Ziele der Organisation klarzulegen. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen, und wurde Kollege Seemann als 1. Vorsitzender und Kollege Müller als Kassierer gewählt. Mögen die Kollegen von Klein-Seubach die Worte des Referenten beherzigen und fest zur Organisation halten, dann werden auch hier wieder bessere Verhältnisse eintreten.

Mainz. Am 6. und 15. d. M. fanden in dem Saale zur Bank zwei öffentliche Steinarbeiterversammlungen statt, welche sehr gut besucht waren. In der ersten Versammlung war Kollege Häusler aus Frankfurt erschienen und erklärte den Kollegen den Nutzen des Verbandes; sofort erklärten 23 Kollegen sich dem Verbande anzuschließen. Verschiedene Kollegen brachten die Mißstände von früher vor, doch einigten sie sich dahin, daß alles ruhen sollte und nur für das eine, den Verband, einzutreten und zu wirken sei; denn jeder Kollege sah nach den Ausführungen Häuslers ein, daß er ohne Verband nicht bestehen könne. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter schloß Kollege Häusler die Versammlung. — In der zweiten wieder sehr gut besuchten Versammlung war Kollege Dippel aus Frankfurt erschienen und hielt einen fünfviertelstündigen Vortrag über: Wie wirkt die Bundesratsverordnung und was bezweckt die Organisation. Nach dem Vortrag traten wieder 6 Kollegen dem Verbande bei. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen mit dem Wunsche, daß auch die andern Kollegen bald dem Verbande beitreten.

Mittweida. Am 20. September fand eine leidlich besuchte Mitgliederversammlung im Bismarckhain statt. Als erster Punkt der Tagesordnung war die Wahl zweier Delegierten ins Gewerkschaftskartell vorzunehmen. Es wurden die Kollegen Artur Gerfurth und Heinrich Hübnert gewählt. Kollege Heyne stellt den Antrag, im Laufe der Herbstmonate eine öffentliche Steinarbeiterversammlung abzuhalten. Es entspann sich über das Thema der öffentlichen Versammlung eine längere Debatte, und einigten sich die Mitglieder dahin, als Thema „Die Durchführung der Bundesratsverordnung“ festzusetzen. Es wurden mehrere Säle zu dieser Versammlung vorgeschlagen und der kleine Saal des Schützenhauses gewählt. Die Bestimmung eines Referenten wurde dem Vorstande überlassen. Auch sollen die Herren Arbeitgeber zu dieser Versammlung eingeladen werden. Den Platzassessoren wurde bekannt gegeben, ihre Beiträge auf den Plätzen bis zum Quartalsabschluss zu regeln, damit es eine leichtere Uebersicht bei der Abrechnung ist. Betreffs der Statistiken wurden die Kollegen ermahnt, dieselben gewissenhaft auszufüllen. Es wurde der Antrag gestellt, von jedem Platz einen Statistiker zu wählen. Als Ortsstatistiker wurde Kollege Artur Gerfurth gewählt.

München. Montag, den 14. September 1903, tagte im Restaurant Müllerbad, Hans-Sachs-Straße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Streik bei der Ludwigskirche. Einige Kollegen schilderten den ganzen Sachverhalt, das Eintreten der Arbeitswilligen, das Verhalten der Streikenden der Firma Greindl, das Benehmen Hoffmanns und des Herrn Pfarrers Gallinger u. c. Alle diese Angelegenheiten wurden nach längerer Diskussion erledigt. — Am Mittwoch, den 16. September, tagte ebenfalls in obengenanntem Lokal eine außerordentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Der Zustand bei der Ludwigskirche; 2. Stellungnahme zum Arbeitervertreterverein. Beim ersten Punkt teilte der Gauvorstand die Vereinbarungen mit, die am Gewerbegericht mit dem Unternehmer gemacht wurden, und überläßt das Urteil der Versammlung. Die Firma Greindl bewilligte 55 Pfg. Minimallohn, die Entlassung des Parliers Hoffmann, die Wiedereinstellung der Streikenden bis auf zwei und die Einsetzung einer Lohnkommission von drei Kollegen, die eventuelle Vorkommnisse zu regeln hat. Ferner erklärten sämtliche Arbeitswilligen bis auf einen in der Versammlung ihre Abreise; sie wollen die hiesigen Kollegen nicht mehr schädigen, sondern wollen in ihrer Heimat dazu helfen, eine Zahlstelle zu gründen. Der eine Kollege, der hier bleibt, will sich über die Verbandsform genau unterrichten, um in der Heimat für den Verband agitieren zu können. Folgende Resolution fand Annahme: Die heutige, im Restaurant Müllerbad tagende Mitgliederversammlung erkennt am 15. September am Gewerbegericht zwischen der Gauleitung, der Streikkommission und dem Unternehmer Greindl abgemachten Vereinbarungen in ihrem vollen Umfange an und betrachtet die Errungenschaft als einen vollen Sieg unserer Organisation. Den Kollegen, die im Kampfe gelegen, spricht obige Versammlung die vollste Anerkennung aus und hofft vort ihnen, daß sie fernerhin in den Reihen der Arbeiterbewegung Schulter an Schulter mit uns kämpfen, bis der Sieg in München ein allgemeiner ist. Den Kollegen, die auf Weiterbeschäftigung bei Herrn Greindl verzichteten, verspricht die Versammlung, sie fernerhin nach allen Kräften zu unterstützen, bis sie Arbeit erhalten. Punkt 2, Stellungnahme zum Arbeitervertreterverein, war nach kurzer Debatte erledigt, und wurde dafür eine beschränkte Summe bewilligt.

Oldenburg. Am 25. August fand hier eine Steinarbeiter-versammlung statt. Der Vorsitzende verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Wahl eines Delegierten für Hamburg zur Gaukonferenz konnte nicht vorgenommen werden. Da unser Vorsitzender sein Amt niederlegte, wurde Kollege Amend gewählt.

Radolfzell. Im Gasthaus Zum Arofobil fand eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt, in der Kollege Gutekunst aus Konstanz referierte. Es machte sich ferner die Wahl eines Vorstandes nötig, da Kollege Dosh gemargelt wurde und abscheiden mußte. Zum Schriftführer wurde Kollege Sigl, als Vorstand Kollege Sautner gewählt. Im Punkte Verschiedenes entpinn sich eine lebhafteste Debatte über das Vorgehen der hiesigen Meister, welche die Organisation mit Gewalt zu vernichten suchen. Es wurde vor der Firma Schmal u. Co. gewarnt. Diese Firma versteht es vorzüglich, die Arbeiter zu hintergehen; so wurde z. B. für Stöcke, die 50 Zentimeter tief gemacht werden mußten, nur für 40 Zentimeter tief bezahlt, was an jedem Stück 90 Pfg. ausmacht. Es wurde den Kollegen auch zugemutet, den Kubimeter sauber gestochter Pfeilerquader für 28 Mark anzufertigen. Als die Kollegen sich damit nicht einverstanden erklärten, wurde ihnen gesagt, sie könnten das Geschirf abliefern. Zum Schluß ließen sich sechs Kollegen aufnehmen.

Niesla. Am 2. September tagte im Poetenrestaurant die Monatsversammlung. Zum 1. Punkt, Tarifangelegenheiten betreffend, wurde das Resultat der Schiedskommission in Sachen der Müllerschen Arbeit nochmals bekannt gegeben. Gleichzeitig wurde gegen das Verhalten des Zentralleiters Starke protestiert, indem derselbe auf die frühere Anfrage die in Frage kommenden Stücke untreu als Solbänke bezeichnet (jedenfalls durch den Gauleiter), und dann nicht einmal Zeit dazu hat, selbst nach Niesla zu kommen und die Sache zu regeln, vielmehr dem Rat gibt, sich an den Gauleiter Seidel in Dresden zu wenden, ja aber keine Haupt- und Staatsaktion daraus zu machen. (Anmerkung der Redaktion: Man kann bei solchen Differenzen dem Zentralvorstand doch nicht überall hin verlangen, das ist mit Recht Sache der Gauleiter.) Nach erregter Debatte wurde beschlossen, sich sofort beschwerend bei der Kontrollkommission zu wenden, alles andre jedoch der nächsten Versammlung zu überlassen. Bei Punkt 2, Vereinsangelegenheiten, wurde beschlossen, den freitenden Textilarbeitern Grimmischhaus aus der örtlichen Kasse sofort als 1. Rate 20 Mark zu senden und später zu

Günstigen derselben Sammelkassen zirkulieren zu lassen. Des weiteren wurden dem kranken Kollegen R. Hoffmann 15 Mark bewilligt. Auf Antrag des Kollegen Schmidt II wurde noch beschlössen, jedem ausgereichten durchreisenden Kollegen aus örtlichen Mitteln 75 Pfg. als Unterstützung zukommen zu lassen.

Strasburg i. E. Von ca. 400 Steinarbeitern (sämtlich auf Sandstein) wurden 29 Lohnkarten abgegeben; zum größten Teil sehr schlecht ausgefüllt. Von den 29 Kollegen sind 14 verheiratet; 11 davon haben 28 Kinder, Mindestzahl 1, Höchstzahl 6. Bei 9 hilft die Frau mit verdienen, bei 2 Frau und Kinder. Diese 14 Mann haben ein Gesamtalter von 513 Jahren; Durchschnittsalter 36 Jahre 7 Monate 20 Tage. 4 bis zu 30 Jahren, 4 bis zu 40 Jahren, 6 über 40 Jahre; Mindestalter 27, Höchstalter 47 Jahre. Im Beruf stehen diese 14 Mann 316 Jahre; im Durchschnitt rund 22 Jahre 7 Monate. 7 bis zu 20 Jahren, 4 bis zu 30 Jahren, 3 über 30 Jahre; Mindestzeit im Beruf 13, Höchstzeit 32. Ledig sind 15 Mann; diese haben ein Gesamtalter von 386 Jahren; Durchschnittsalter rund 25 Jahre 9 Monate. 1 bis zu 20 Jahren, 12 bis zu 30 Jahren, 2 über 30 Jahre; Mindestalter 20, Höchstalter 39 Jahre. Im Beruf stehen sie 156 Jahre; Durchschnitt 11 Jahre. 7 bis zu 10 Jahren, 7 bis zu 20 Jahren, 1 über 20 Jahre; Mindestzeit im Beruf 4, Höchstzeit 25 Jahre. Diese 29 Mann haben ein Gesamtalter von 899 Jahren erreicht; Durchschnittsalter 31 Jahre. 17 bis zu 30 Jahren, 6 bis zu 40 Jahren, 6 über 40 Jahre; Mindestalter 20, Höchstalter 47 Jahre. Im Beruf standen diese 29 Mann 481 Jahre, Durchschnitt 16 Jahre 6 Monate 20 Tage. Bis zu 10 Jahren 7, bis zu 20 Jahren 14, bis zu 30 Jahren 5, über 30 Jahre 3; Mindestbauer 4, Höchstbauer 32 Jahre. Gearbeitet haben diese 29 Mann im Afford 5680 Tage und einen Verdienst erzielt von 26626.49 Mk. Ergibt einen Durchschnittsverdienst pro Tag von 4.73 Mk. Im Tagelohn wurden gearbeitet 570 Tage und verdient 2585.70 Mk. Durchschnitt pro Tag 4.54 Mk. Gesamtverdienst in 6200 Arbeitstagen 29212.19 Mk. Durchschnitt pro Tag 4.71 Mk. Auf einen Vollarbeiter — 300 Tage — würde der Jahresverdienst machen im Afford 1419 Mk. Im Tagelohn 1362 Mk. Der höchste Jahresverdienst beträgt bei 295 Tagen im Afford 1494 Mk. (1902 1696 Mk.) Der niedrigste Verdienst 212.87 Mk. bei 49 Tagen Afford. Bei einem Gesamtverdienst von 29212.19 Mk. würde ein Jahresverdienst entfallen pro Mann 1007.35 Mk. — Außerhalb Strasburg wurden verdient in 785 Tagen Afford 3475.01 Mk., ergibt pro Tag 4.44 Mk. In 472 Tagen Tagelohn 2097.53 Mk. Durchschnitt pro Tag 4.44 Mk. In Strasburg selbst wurden verdient in 4845 Tagen Afford: 23151.48 Mk., pro Tag: 4.76 Mk. Im Tagelohn 98 Tage: 488.17 Mk., pro Tag: 4.98 Mk. Für Strasburg kommen nur 16 Mann in Betracht mit einem Gesamtverdienst von 20437.74 Mk. Ergibt einen jährlichen Durchschnittsverdienst pro Mann von 1277.36 Mk. Minus gegen voriges Jahr: 242 Mk. Organisiert sind alle 29 Kollegen, 27 davon sind Abonnenten des Steinarbeiter. Arbeitslos waren 23 Mann mit 983 Tage; ergibt einen Durchschnitt von 43 Tage. 3 Mann davon je über 100 Tage. 102, 117 und 138 Tage. Mindestbauer: 3 Tage. Längstbauer: 138 Tage. Kranke waren 6 Mann in 6 Fällen mit 133 Tage. Durchschnitt 22 Tage. 1 Mann 5 Tage und 1 Mann 33 Tage Magenleiden, 1 Mann 24 Tage Rheumatismus, 1 Mann 12 Tage Brandwunden, 1 Mann 45 Tage unbestimmt, 1 Mann 14 Tage Lungenleiden. Ein Mann wurde klagbar wegen Lohn-differenzen und hatte Erfolg. (Es wären mehrere Fälle, wenn alle angegeben.) Einer freien Hilfs- resp. Zuschusskasse gehörten 6 Mann an. Gearbeitet wird mit Meister- und eigenem Geschirr. Das Schärfen bezahlt der Arbeitgeber.

Erklärung. In der Nr. 33 ist von Nürnberg ein Veranlassungsbericht enthalten, worin ausgedrückt wurde, Kollege Weil hätte an mich privatim einen Brief gerichtet über die Haltung des Zentralvorstandes in der Nürnberger Streifangelegenheit. Ganz gewiß ging der Brief an meine Adresse nach dem Verbandsbureau, wo dann der Brief auch gemeinschaftlich besprochen wurde. Findet man sich veranlaßt, über den Zentralvorstand irgendwelche Äußerung abzugeben, so verlohne man meine Person mit solchen Briefen. Die Äußerung, der Brief trug privaten Charakter, ist höchst unglücklich, denn was man schreibt, gleichgültig an wen, muß man vor der Öffentlichkeit verantworten können.

Da ich in Dresden auf dem Parteitag anwesend war, konnte ich in der letzten Nummer diese Mitteilung nicht mehr an den Nürnberger Veranlassungsbericht anknüpfen. **Wolfgang Staudinger.**

Gerichtliches.

Immer mehr Schutz den Streifbrechern? Das Reichsversicherungsamt hat entschieden: Wenn der Weg zur Arbeit dem Betriebe zuzurechnen und im Arbeitsvertrag dem Arbeiter nach Möglichkeit Schutz auf den Wegen zu und von der Arbeit gegenüber ausständigen Arbeitern zugesichert worden ist, stellen sich die getroffenen Vorkehrungen zu diesem Schutz als Betriebsanordnungen dar. Wenn Mißhandlungen von Streifbrechern unter solchen Umständen auf dem Wege zur Arbeitsstätte stattfinden, sind sie als Betriebsunfall zu behandeln.

Es ist nur logisch, daß man den „Elementen“, die man nun einmal in den offiziellen Regierungskreisen des deutschen Reiches als die „für den Staat besonders nützlichen“ anfieht, daß man diesen Elementen auch eine Extravorte nach der anderen bratet und daß nun sogar das Reichsversicherungsamt seine Rechtsprechung diesen besonders nützlichen Elementen zuliebe ändert.

Freilich ist dem Reichsversicherungsamt da unserer unmaßgeblichen Meinung nach ein böser Rapsus unterlaufen, indem es in dieser Entscheidung den Gedanken, aus dem es angeblich herausgebornen ist, glänzend ad absurdum geführt hat. Man hat bisher gesagt, das Deutsche Reich marschiere an der Spitze der „sozialen“ Reform. Und man hat ein bestimmtes Gesetz die „Krönung der Sozialreform“ genannt. Als den sichtbaren Ausdruck dieser Krönung, gewissermaßen als das Schatzkästlein, in dem die „Krone“ des sozialen Reformgebäudes fürsorglich aufbewahrt und beschützt wurde, konnte man dann wohl das Reichsversicherungsamt ansehen.

Durch diesen seinen Entscheid hat sich das Reichsversicherungsamt aber auf antisozialen Boden gestellt. Wenn man sonst die Sozialreform nicht als ein notwendiges Uebel, sondern als eine sittlich-soziale Pflicht der Gesellschaft anerkennt, dann muß man auch zugeben, daß trotz aller Abneigung gegen die „Unzufriedenheit“ der Arbeiter, doch diese Unzufriedenheit der mächtigste Antrieb für die Sozialreform ist und daß gerade die Arbeiter, die in ihrer Unzufriedenheit zum Streik greifen, die fleißigsten und besten Pioniere der Sozialreform sind. Von den Streifbrechern läßt sich aber das direkte Gegenteil sagen; diese wirken hemmend und hindernd auf die Entwicklung des sozialen Gedankens, sind also antisozial. Und eine Behörde, die solchen antisozialen Elementen besondere Vorteile einräumt, wirkt ebenfalls antisozial. Beim Reichsversicherungsamt aber ist das, wie schon gezeigt, die Zerstörung der Grundlage, auf der es angeblich aufgebaut ist.

Wir sind trotzdem über den angeführten Entscheid nicht unglücklich; denn wie in allen Maßnahmen, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind, so wird sich auch in diesem Entscheid offenbaren „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, und doch das Gute schafft“. Es ist das eine

Stapfe auf dem Wege zur allgemeinen Entschädigung der Unfälle, die sich Arbeiter auf dem Wege von und nach der Arbeitsstätte zuziehen. Dafür werden schon die parlamentarischen Vertreter derjenigen Arbeiter sorgen, die heute zu den für den Staat nützlichsten Elementen noch nicht gezählt werden.

Schwarze Listen!

In der Geschäftsleitung des Steinmetzmeister-Verbandes hat man mit der Herstellung der schwarzen Listen vollauf zu tun. Bald in Dresden, bald in Chemnitz u. werden die Streikführer gebirgt. Diesmal wurden die Marmorarbeiter Berlins in das Herz der Unternehmer geschloffen und ebenfalls den Unternehmern in ganz Deutschland bekannt gegeben. Allerdings ob ein solch scharfmacherisches Gebahren den Unternehmern Berlins etwas nützt, ist eine andere Frage. Zu nachstehendem geben wir folgenden Ulaß bekannt, welcher vom Vorstand des Meisterverbandes verfaßt wurde:

Berlin, den 16. August 1903.

An die Mitglieder des Verbandes Deutscher Steinmetzgeschäfte.

Laut Mitteilung unseres Verbandsmitgliedes Deutsche Steinindustrie, Aktiengesellschaft vorm. M. V. Schleicher-Berlin, sind die in beifolgender Liste namhaft gemachten Steinmetzen und Steinschleifer in den Ausstand getreten. (Es folgen die Namen.)

Wir bitten Sie, dieselben gemäß § 2, Punkt 2 unserer Satzungen in Ihrem Betriebe so lange nicht zu beschäftigen, bis wir Ihnen bekannt geben, daß der Einstellung dieser Arbeiter nichts mehr im Wege steht. Etwa schon eingestellte oder vorübergehend eingestellte Arbeiter bitten wir, jedoch unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften, wieder zu entlassen.

Da es sich um einen Generalausstand sämtlicher Marmorarbeiter Berlins handelt, werden wir Ihnen die Namen derjenigen ausständigen Arbeiter, die uns etwa noch von Verbandsmitgliedern aufgegeben werden und auf welche der § 2 unserer Satzungen ebenfalls anzuwenden wäre, nach Eingang zugehen lassen.

Das Geschäftsamt des Verbandes Deutscher Steinmetzgeschäfte (Berlin), eingetragener Verein. Unsere Unternehmer sind richtige Schildknappen der übrigen Scharfmacher.

Rundschau.

Ueber die Arbeiterorganisationen und ihre Vertreter hat sich gelegentlich einer Rundfrage Gewerbegerichtsdirektor v. Schulz in Berlin in anerkennender Weise ausgesprochen. Derselbe tritt gerade im Interesse des Friedens für die Organisationen der Arbeiter ein:

„Wenn Arbeiterorganisationen dem Gewerbegericht nicht zur Hand wären, würde ein schnelles Einschreiten desselben bei Streiks nicht immer möglich sein. Als Beispiel des so herbeizuführenden eiligen Verfahrens erwähnen wir, daß mehrmals eine telephonische Unterredung mit dem Beamten des Gewerkschaftsbureaus ausreichte, um Mißverständnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die zur Arbeitsniederlegung geführt hatten, aufzuklären. Nur wenige Stunden, und die Arbeiter setzten die unterbrochene Arbeit fort. Mit Ausnahme eines einzigen Falles waren bis heute die Gewerkschaften und ihre Führer — selbst wenn sie bei ihren Differenzen mit den Arbeitgebern in günstiger Lage sich befanden — auf Veranlassung des Gewerbegerichts stets bereit, das Einigungsamt anzurufen. Die viel angefeindeten Beamten der Gewerkschaften tun im übrigen nichts anderes, als was die Arbeitgeber von den Führern ihrer Verbände ebenso verlangen. Sie suchen, wie diese, bestmöglichst die Rechte ihrer Berufsangehörigen wahrzunehmen. Fehler machen sie natürlich auch, ganz so wie die Arbeitgeber. Die Regel bildet, daß die Gewerkschaftsleiter, wie andere, in Streiks eine Kalamität erblicken und sie zu vermeiden suchen. Es ist bekannt, und dies möchte ich ganz besonders hervorheben, daß ungerechtfertigte Streiks von den Gewerkschaften nicht unterstützt werden. Außerdem pflegen die Führer dem Gewerbegericht bei Streiks jede Hilfe zu leisten zur Befriedigung der Mißbilligkeiten. Deswegen ist es uns angenehm, wenn an den Verhandlungen vor dem Einigungsamt sich Beamte der interessierten Gewerkschaften beteiligen. Freilich stoßen sie hier manchmal auf Widerstand bei der Gegenpartei, welche die Einmischung der Vertrauenspersonen der Arbeiter nicht zulassen will.“

Bei dieser Sachlage kann man es den Gewerkschaften nicht verübeln, wenn sie geeignetenfalls vor dem Einigungsamt auf ihre Anerkennung durch die Arbeitgeber drängen und die Zulassung ihrer Beamten zur Verhandlung fordern. Ein Gestellensauschluß mag für die Verhältnisse der Innung selbst vollkommen genügen, wie ein Arbeiterausschluß für einen einzelnen Betrieb segensbringend sein kann. Tarifverträge, welche allgemeine Verbreitung finden sollen, können jedoch nur Berufsvereine abschließen.“

Claro i. Tessin. Der große Streik der Steinarbeiter im Kanton Tessin, an dem bei 2500 Leute beteiligt waren, war nur von kurzer Dauer. Nach dreitägigem Stillstand wurde die Arbeit am 1. d. Mts. wieder in vollem Umfang aufgenommen, nachdem die von den Arbeitern gestellten Forderungen von den Unternehmern voll und ganz akzeptiert wurden. Die hauptsächlichsten Punkte waren: vierzehntägige Lohnzahlung an Stelle der einmonatlichen und Beschränkung des im Kanton bestehenden, durch die Werkmeister ausgeübten Pensionswesens. Von alters her war es im ganzen Kanton Brauch, daß namentlich die ledigen, aber auch verheiratete Arbeiter, deren Familien anderswo weilten, bei den genannten Werkmeistern in Pension waren. Dies wäre ja gerade nicht zu verwerfen gewesen, doch wurden die Leute dabei in unerschämter Weise ausgebeutet. Da Lohnzahlung nur alle Monat stattfand, waren die Leute auf die Pension angewiesen und wenn der Monat herum war, hatte ein Teil der Leute den ganzen Verdienst in der Pension verbraucht und hatten manche dabei noch Schulden. In den Betrieben sind meistens Häuser vorhanden, die die Werkmeister mietweise um ein Spottgeld übernehmen und zur reinsten Kaserne einrichten. Es gibt Werkmeister im Kanton, die schon ein namhaftes Vermögen erworben haben, und es kommt auch vor, daß diese mehr verdienen als der Geschäftsbefitzer selbst. Dabei schämen sie ihre Söhne und Töchter in Gymnasien und Pensionate, obgleich dies mit ihrer eigenen geringen Vorbildung durchaus nicht zu vereinbaren ist. Durch solche Kantinewirtschaften sahen auch die Werkmeister nicht auf's Geschäft, sondern sahen es lieber, wenn

die Leute blau machten und fest tranken! So z. B. war es Sitte, daß der Arbeiter, der am lieblichsten war, der am meisten trank, die schönsten und lohnlichsten Steine in Arbeit bekam, beim sparjamen Arbeiter war es umgekehrt. Daß dies unhaltbare Zustände waren, ist einleuchtend. Auch die in den Dörfern bei den Bruchbetrieben wohnenden Arbeiterfamilien waren infolge dieser monatlichen Zahlungsweise veranlaßt, ihre Bedürfnisse in den Magazinen der Werkmeister zu decken, ja geradezu genötigt wurden sie dazu. Daß solches sklavenmäßiges Treiben einmal ein Ende nehmen mußte, ist selbstverständlich, zumal dadurch auch die Geschäfte der Nahrungsmittelbranche geschädigt wurden. Umjomehr war es daher am Plage, den Arbeitern, die im großen und ganzen viel genügsamer und fleißiger als die deutschen sind, ein Entgegenkommen zu zeigen, und darum haben denn auch die Geschäftsinhaber in richtiger Würdigung dieser Verhältnisse die Forderungen der Leute voll und ganz akzeptiert. — Vorstehendes schreibt kein Arbeiterorgan, sondern der Deutsche Steinbildhauer. Die geschil-derten Verhältnisse treffen nicht nur für den Bezirk Claro, sondern auch für viele Orte in Deutschland zu, wo unsere Unternehmer die Arbeiter dadurch noch ausbeuten, daß sie, oder ihre Stellvertreter die Kantine selbst in die Hand nehmen. Wahrscheinlich brachte der Deutsche Steinbildhauer diese Notiz, um auf die deutschen Steinmetzmeister erzieherisch einzuwirken. Ob dieselben sich daran kehren, ist allerdings eine andere Frage.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Halle. Dem Kollegen Walter Gulpke, geb. 6. Sept. 1883 zu Königsberg, ist kein neues Buch auszustellen, da dessen Buch in der größten Unordnung hier liegt. **Otto Becker.**

Ulm. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Kollegen Jakob Friedr. Strehle aus Döffingen, geb. 4. Juni 1882, zukommen zu lassen. **A. Frank, Ulm, Sammlungsgasse 9.**

Adressen-Änderungen.

Oldenburg. Karl Amend, Vertrauensmann, Ziegelhoffer 78; Hermann Studte, Kassierer, Bürgerfeld b. Oldenburg, Sachsenstraße 1.

Wiesbaden. Wilhelm Dickel, 1. Vorsitzender, Felsstraße (fehlt die Hausnummer); Adolf Diez, Beisitzer, Frankenstraße 2; Hermann Sarholz, Kassierer, Philippsbergstraße 25.

Hamburg. Eduard Thiele, Gauvorsitzender des 7. Gaues, Hamburg, St. Georg, Lindenstraße 51, part.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 19. September 1903. Pöbneck, Beitrag 0.90; Baberton, Streikunterstützung 4.10; Schwerin, Beitrag 4.—; Hockenau, Streikunterstützung 10.—; Augsburg, Beitrag 7.—; Eintrittsmarken 10.—; Magdeburg, Beitrag 16.—; Chemnitz, Beitrag 320.—; Delegiertensteuer 12.50, II. Qu. 1.80; Halle, Beitrag 96.—; Mittelsteine, Beitrag 35.—; Uelzen, Beitrag 4.60; Hildesheim, Beitrag 4.—, III. Qu. 2.40; Nebra, Maimarken 5.75, Delegiertensteuer 12.—, Beitrag 10.—; Offenbach, III. Qu. 25.60, Beitrag 48.—, Eintrittsmarken 10.—; Frankfurt a. Main, Beitrag 90.—; Crimmitschau, Beitrag 32.—; Eintrittsmarken 2.—; Eilsterwerba, Beitrag 2.95; Frankfurt a. Main, III. Qu. 26.40; Weimar, Beitrag 4.90; Berlin, II, III. u. IV. Qu. 4.20 (Walter); Colmar, Beitrag 41.60, III. Qu. 10.20; Halle, III. Qu. 11.—; Mainz, Beitrag 14.—; Wiesbaden, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 2.—, Maimarken 1.50, Delegiertensteuer 7.—; Osterholz, III. Qu. 9.30, Beitrag 84.—; Wilsnack, Beitrag 5.—; Helmstedt, Beitrag 3.70; Baderborn, Beitrag 5.60; Striegau, Beitrag 200.—; Kiel, Beitrag 64.—, Maimarken 7.50, Delegiertensteuer 12.50; Horka, Beitrag 56.—; Saales, III. Qu. 1.80; Würzburg, Beitrag 56.—; Ludwigshafen, Beitrag 23.52, Eintrittsmarken 2.50. **Felix Lange.**

Berichtigung. Achim (Grob): III. Quartal ist bezahlt. — Leisnig (Reichelt): III. Quartal ist bezahlt.

Briefkasten.

Kappelrodeck. Solche Erklärungen nehmen wir nicht auf; wir wissen nicht, was vorgegangen ist. **Strasburg i. Elz.** Wenn ich den Bericht einrücke, dann entsteht eine endlose Polemik. Es ist, lieber Freund, unmöglich, solch lokale Vorkommnisse im Steinarbeiter so eingehend zu erörtern. **Hildesheim.** Der Hinweis ist richtig; wir kommen dem nach.

Anzeigen.

Steinmetz-Schule Zerbst Lehr plane kostenlos
Abgangsprüfungen
Der Besuch wird v. Verbands Deutscher Steinmetzgeschäfte empfohl.
Regierungskommissar. Direkt.: Opderbecke, Prof.

Diejenigen Kollegen, welche im Monat November 1902 beim Unternehmer **Baumann** in **Schaffhausen** in Arbeit gestanden haben, werden ersucht, sofort ihre Adresse einzusenden.

R. Kolb, Zürich, Pestalozzistraße 18.

Todes-Anzeige.

Am 13. September starb nach 3-jähriger Berufskrankheit unser Kollege

Ernst Zimmer

im Alter von 50 Jahren.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Zahlstelle **Reudorf.**

Am 15. September starb unser Kollege

Bruno Lesch

im Alter von 30 Jahren am Typhus.
Ehre seinem Andenken!

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
Zahlstelle **Chemnitz.**

Verantwortlicher Redakteur: **A. Staudinger**, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei **Altiengeellschaft.**